

Presseunterlage Bundesgleichbehandlungsbericht 2010

Frauen im öffentlichen Dienst sind auf dem Vormarsch: Bundeskanzleramt sowie Sozial-, Gesundheits- und Bildungsministerium sind Spitzenreiter

Seit 1996 ist die Bundesregierung dazu verpflichtet, dem Nationalrat alle 2 Jahre über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst zu berichten.

Der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen zwei Jahren von 39,0% im Jahr 2007 auf 39,8% im Jahr 2009 gestiegen. Rund 40 Prozent der Bundesbediensteten im öffentlichen Dienst (Voll- und Teilzeitbeschäftigungen) sind Frauen.

Unter den Bundesministerien ist das Bundeskanzleramt mit 60% Spitzenreiter, gefolgt vom Bundesministerium für Gesundheit mit 59%, dem Sozialministerium mit 59%, sowie dem Bildungsministerium mit 59%. Auch im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend mit 56% arbeiten mehr Frauen als Männer. Mit 50% ausgeglichen ist der Frauenanteil im Bundesministerium für Justiz. Schlusslichter bei der Beschäftigung von Frauen im Bundesdienst sind das Innenministerium mit 20% und das Verteidigungsressort mit 12%.

Jeder 5. Spitzenjob ist im Bundesdienst mit einer Frau besetzt

Im Personalplan des Bundes haben sich die Ministerien per Gesetz verpflichtet, ab dem Jahr 2009 den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen zu erhöhen und Ziele zu definieren, wie viele weibliche Führungskräfte es im jeweiligen Ressort im Jahr 2013 geben soll. Erste Erfolge dieser gesetzlichen Selbstverpflichtung sind bereits sichtbar.

Die Statistik zeigt, dass jede fünfte Leitungsposition Ende 2009 mit einer Frau besetzt war. Der Frauenanteil bei SektionschefInnen, GruppenleiterInnen und LeiterInnen großer nachgeordne-

ter Dienststellen betrug 21,3%. Das ist eine Steigerung von 3,2 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2007.

Daten und Fakten zu den SektionsleiterInnen

- ▶ **2007:** insgesamt 69 Sektionen, davon **10 Frauen (=14,5%)** und 59 Männer (=85,5%)
- ▶ **2009:** insgesamt 70 Sektionen, davon **13 Frauen (=18,6%)** und 57 Männer (=81,4%)

In der zweiten und dritten Führungsebene ist fast jeder dritte Job mit einer Frau besetzt. Der Frauenanteil bei den besser eingestuften AkademikerInnen, MaturantInnen und im Fachdienst liegt bei 29,9 Prozent. Im Vergleich zum 2007 ist ein Anstieg von 1,3 Prozentpunkten erkennen. Es mangelt nicht an weiblichen Nachwuchskräften, die in den nächsten Jahren in die Führungsetagen aufsteigen können.

Daten und Fakten zu den Abteilungsleitungen in allen Ressorts

- ▶ **2007:** insgesamt 575 Abteilungsleitungen, davon **161 Frauen (= 28%)** und 414 Männer (= 72%).
- ▶ **2009:** insgesamt 572 Abteilungsleitungen, davon **179 Frauen (=31,3%)** und 393 Männer (= 68,7%).

Daten und Fakten zu Frauen in Spitzenfunktionen

Den höchsten Anteil von Frauen in Spitzenfunktionen haben das Gesundheitsministerium mit 55,6%, gefolgt vom Bundeskanzleramt mit 51,6%. Gering ist der Frauenanteil bei Spitzenfunktionen in der Verteidigungsministerium mit 8,8%, Schlusslicht ist das Innenministerium mit 8,5%.

Erster Einkommensbericht für den Bundesdienst

Erstmals veröffentlicht der Bundesdienst einen Einkommensbericht und legt die Einkommensunterschiede zwischen den weiblichen und männlichen Bediensteten offen.

Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im Bundesdienst betragen durchschnittlich 15,9% (der Wert ist um die Teilzeit bereinigt). Im Vergleich dazu verdienen Frauen in der Privatwirtschaft knapp ein Viertel (22 % nach Rechnungshofberechnung) weniger als die Männer.

Die Bezüge im öffentlichen Dienst sind gesetzlich geregelt, daher sind die Einkommensunterschiede im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich geringer. Eine individuelle Überzahlung wie in privaten Unternehmen ist im Bundesdienst nicht möglich.

Die Einkommensunterschiede ergeben sich vor allem aufgrund des teilweise erheblichen Altersunterschiedes zwischen den Frauen und den Männern. Die Frauen sind durchschnittlich deutlich jünger als die Männer. Das Besoldungssystem baut auf dem Senioritätsprinzip auf, d.h. je älter jemand ist, umso besser verdient der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin.

Das Alter hat bei weitem den höchsten Einfluss auf die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Dienst. Allerdings spielen 4 weitere Gründe für die durchschnittlich knapp 16 Prozent geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede eine Rolle.

- 1.** BeamtInnen und Vertragsbedienstete werden nach unterschiedlichen Besoldungsschemata entlohnt. Die BeamtInnen verdienen besser als Vertragsbedienstete. Die Einkommenskurven der Vertragsbediensteten sind flacher. Der Frauenanteil in der Beamtenschaft beträgt 26%. Bei den Vertragsbediensteten sind bereits 60,6 % aller Beschäftigten Frauen. Vor allem in den letzten Jahren sind Frauen verstärkt in den öffentlichen Dienst aufgenommen worden, und daher öfter als Vertragsbedienstete beschäftigt als Männer (Stichwort: Pragmatisierungsstopp seit 2003).
- 2.** Die anfallenden Überstunden im öffentlichen Dienst werden eher von Männern als von Frauen geleistet. Der Anteil von Frauen im Bundesdienst beträgt knapp 40%. Diese leisten allerdings nur knapp 20% der Überstunden.
- 3.** Derzeit ist jede 5. Leitungsfunktion mit einer Frau besetzt.
- 4.** Frauen im öffentlichen Dienst nehmen längere Karenzurlaube in Anspruch.

Die nächsten Schritte, um die Einkommensschere im öffentlichen Dienst zu verkleinern

- 1.** Förderung von Frauen in Führungspositionen

Die Zahlen im Bundesgleichbehandlungsbericht zeigen, dass die Bemühungen in den einzelnen Ressorts deutlich verstärkt wurden, mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen. Mit den

gesetzlich verankerten Zielvorgaben wird der Anteil der Frauen an der Spitze Schritt für Schritt erhöht. Es ist sehr erfreulich, dass alle Ministerien an einem Strang ziehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Frauenförderung forcieren.

2. Genaue Analyse der unterschiedlichen Verteilung der Überstunden

Im Beamtenministerium wird für den nächsten Einkommensbericht eine genaue Analyse (nach Berufsgruppen) erfolgen, wie sich die Überstunden zwischen Männern und Frauen verteilen. Ziel muss es sein, eine gerechtere Verteilung zu erreichen.

3. Aktives Karenzmanagement

Es wird in den kommenden Jahren darum gehen, Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst noch besser zu informieren, dass sich lange Karenzurlaube negativ auf die Einkommenssituation auswirken. Die Personalvertretung bietet seit Kurzem Informationsveranstaltungen dazu an. Die Aktivitäten im Beamtenministerium für ein aktives Karenzmanagement werden verstärkt. Auch die Bewerbung für die Väterkarenz wird intensiviert.